

Briefetel-Bote

Heimatzeitung im Kreise Niederbarnim

Amtsblatt für die Gemeinden Birkenwerder, Borgsdorf, Lehnitz, Bergfelde, Schönfließ und die Amtsbezirke Birkenwerder und Bergfelde.

ersch. tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatl. 1.70 RM. einschl. Trägerlohn, Postbezug mit 1.50 RM. u. Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf. Postk. Berlin 86413



Vereinigt mit hohen Neuendorfer Zeitung, Bergfelder Zeitung und Lehnitzer Zeitung. Druck und Verlag in Birkenwerder bei Berlin.

Anzeigenpreis: zwölfzeilige Millimeterzeile 3 Pf., dreizehnl. Textmillimeterzeile 25 Pf. Nachlag nach Preisl. Auf: Birkenw. 2005. Geschäftsstelle Birkenwerder, Alte Bahnhofstraße Nr. 5.

Nummer 132

Sonnabend, den 10. Juni 1939

38. Jahrgang

Kolonialforderung unabänderlich!

Das Deutsche Auslandsinstitut hielt in Stuttgart seine Hauptversammlung ab, in deren Mittelpunkt eine Rede des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine stand. Der erste Großadmiral des neuen Reiches, Dr. e. h. a. d. e. r., behandelte das Aufgabengebiet der Kriegsmarine hinsichtlich deren Auslandsstätigkeit und traf in diesem Zusammenhang klare Feststellungen zur Kolonialfrage.

Unter das Aufgabengebiet der deutschen Kriegsmarine falle, so führte der Großadmiral u. a. aus, als eine naturgegebene Pflicht die Verbreitung des Deutschtums im Ausland, der sich die Kriegsmarine seit Jahrzehnten unterzogen habe. Daneben sei in der Auslandsstätigkeit der Kriegsmarine eine politische Aufgabe gestellt, die weit über den militärischen Rahmen hinausgehe. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen stellte Großadmiral Raeder zwei Gesichtspunkte heraus, die bei der Betrachtung deutscher Seereisen richtunggebend sein müßten. Das eine sei der Schutz unserer überseeischen Lebensräume, nämlich der Zutritt zu den Gütern dieser Erde, die allen Völkern zugänglich sein müßten.

Der Führer habe deshalb den Ausbau der Kriegsmarine in großem Umfang angeordnet. Es sei selbstverständlich, daß dieser Ausbau den modernsten Fortschritten Rechnung trage und dabei auch die Verwendung unserer Kräfte nicht nur in heimischen, sondern insbesondere auch in außerheimischen Gewässern vorziehe.

Als zweites berührte er die volkspolitische Aufgabe der Kriegsmarine, wobei er eingehend schilderte, wie ein starker Faktor der Beschaffung des deutschen Kriegsschiffes in fremden Ländern liege. Das Kriegsschiff vermittele ganz besonders stark die heimatische Atmosphäre, die den deutschen Volksgenossen draußen tief berühre, indem es das Heimatgefühl wecke und gleichzeitig das wahre Gesicht der Heimat zeige, so daß die internationale Pressebegeisterung der Welt die internationale Pressebegeisterung in eindrucksvoller Weise zeigen gelte. Vielen Deutschen sei so der Weg zum nationalsozialistischen Großdeutschtum gebahnt worden, um so mehr, als durch den persönlichen Augenschein und die nahe Fühlung von Mensch zu Mensch die richtige Einstellung zu dem weltanschaulich tief begründeten Umlenkung des Denkens und Handelns im Reich viel leichter zu finden sei.

Zum Schluß ging der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine auf die deutschen Kolonialforderungen ein. Er bezeichnete es als selbstverständlich, daß ein roßfahrmäsiges Industrie- und Handelsland Zugang zu billigen Rohstoffen haben müsse. Die Kolonialforderung sei deshalb, weil lebenswichtig, eine immer wiederkehrende.

Den Versuch, die Rückgabe des deutschen Kolonialraums mit allen Mitteln zu hintertreiben, wie dies derzeit geschehe, bezeichnete Großadmiral Raeder als einen Mangel an Feiertum, denn Deutschland habe das Recht, eine uneingeschränkte Rückgabe seiner Kolonien zu fordern.

Das gesamte Deutschtum, so schloß der Großadmiral, sei heute von der Kraft des nationalsozialistischen Kampferfolges umgeben und kenne seine Sendung, die in der Verwirklichung der großen Idee unseres Führers liege. Die Kriegsmarine wolle als Träger dieser Idee die Klammer bilden, die alle Menschen deutschen Blutes im Ausland verbinde. Sie wolle zugleich die Brücke sein zwischen den deutschen Vorkämpfern in der Welt und der Heimat, die jeder Deutsche aus dankbarstem Herzen und in treuester Gesinnung für den Führer heute Großdeutschland nennen dürfte.

Wiedergutmachung des Betrages verlangt

Reichsstatthalter General Ritter von Epp hielt auf der Kolonialtagung eine Rede, in der er einleitend auf die Bedeutung Stuttgarts als Stadt der Auslandsdeutschen für den kolonialen Gedanken hinwies.

General Ritter von Epp führte u. a. aus: „Der Führer befehlige mit schlagender Folgerichtigkeit ein Hindernis nach dem anderen auf dem Wege zum Wiedererlangen Deutschlands.“

Seit die Schaffung dieser Macht hat der Führer keine Gelegenheit vorübergehen lassen, bei der er nicht der Welt und insbesondere den Mächten, die unser Eigentum widerrechtlich besitzen, die deutsche Forderung zur Kenntnis gebracht hat. Mit jedem Male fiel seiner erhabenen Forderung am 30. Januar 1937 stand hinter dieser Forderung ein härteres Volk, ein härter zusammenschweißender Wille und eine noch härtere und größere Macht.

Die Rückforderung der deutschen Kolonien durch den Führer ist eine Wiederholung der geschichtlichen Situation, die bestand, als Bismarck die Kolonien erwarb.

Der Redner wies dann auf die bekannten 14 Punkte Wilsons hin, in deren Punkt 5 eine „freie, weitestgehende und unbedingt unparteiische Schlichtung der kolonialen Ansprüche“ vorgesehen war. Vor dem Bundeskongreß habe Wilson am 11. Februar 1918 hinzugefügt, es müßten alle Fragen so geregelt werden, daß die Herbeiführung eines Friedens von Dauer am wahrscheinlichsten sei. Völker und Provinzen dürften nicht verschachert werden.

Aus der zugesicherten freien Schlichtung der völkerrechtlich vertriebenen Kolonialansprüche wurde unter Bedrohung eine koloniale Entrechtung, eine Entmündigung und eine Völkerverdrängung des deutschen Volkes.

Neben dem juristischen Anspruch gibt es aber noch einen gewaltigen moralischen, den Deutschland auf sein koloniales Eigentum hat, aus seiner kulturellen Kultur- und Zivilisationsleistung in seinen Kolonien als Ausfluß seiner Rolle als Kulturnation.

Zeit Beginn der abendländischen Völkergemeinschaft, seit den Anfängen der Konsolidierung der heutigen europäischen Nationalstaaten gehört das deutsche Volk zu den Nationen, die kulturschöpferisch tätig waren und auf dem Gebiet der Zivilisation und der Technik Bahnbrechendes geleistet haben.

Wir waren und sind die Gebenden, und wir wollen als solche anerkannt werden. „Wir haben als Gebende den unabweisbaren Anspruch auf Gegenseitigkeit.“

Als ein praktisches Beispiel verweise General Ritter von Epp auf die deutschen Leistungen auf dem Gebiet der Tropenmedizin, wo Deutschland durch seine Wissenschaft und seine Industrie die Mittel geschaffen habe, die es überhaupt erst ermöglichten, die für jegliche Kolonisation unerlässliche und wertvolle Kraft der eingeborenen Bevölkerung zu erhalten und dem Kolonifaktor die erforderliche Sicherheit an Leben und Gesundheit in den tropischen Gebieten zu gewährleisten.

Dadurch, daß das Empire auf diesem Gebiete auf Deutschland angewiesen sei, bringe etwa in einem Land wie Indien 100 Millionen Menschen, die alljährlich malarialkrank werden, von deutscher Medizin und Wissenschaft ab.

Überall in der Welt, wo deutsche Kaufleute hinkommen, wo deutsche Schiffe anlegen, wo deutsche Flugzeuge landen, hind sie auf die Duldung anderer Nationen angewiesen. Wir, das Volk, das in der ersten Reihe der Gebenden steht, können für die praktische Lösung, für die Anteilnahme an Raum und Rohstoffen der Welt gewissermaßen nur Mäcker sein — nirgends außerhalb von Deutschland sind wir freie Völker —, dabei müssen wir auf der gleichen Fläche leben, auf der unser Volk schon sein Auskommen finden mußte, als die Zahl seiner Menschen ein Drittel der heutigen betrug.

Von solchem Gesichtspunkt aus geben wir heute gegen die koloniale Entrechtung unseres Volkes an. So betrachtet, empfinden wir den Mangel an überreichem Lebensraum für unser Volk als untragbar.

Das deutsche Volk bleibt bei dem Anspruch auf die ihm völkerrechtlich zustehende Genugtuung für die erlittene Ehrenkränkung; es verlangt die Wiedergutmachung des in Verfallenes in der Kolonialfrage begangenen Betruges und durch Erpressung zugesetzten Unrechts. Diese Genugtuung kann nur in einer entsprechenden Erklärung und in einer Rückgabe der deutschen Kolonien bestehen. Allein auf solche Weise wird die Kolonialschuldfrage wirklich zurückgenommen und gelöst.

Ehrung für General Ritter von Epp

Zur Aufschluß an seine Ausführungen wurde General Ritter von Epp durch Oberbürgermeister Strölin mit der Goldenen Ehrenplakette des Deutschen Auslandsinstituts für Verdienste um das Deutschtum im Ausland ausgezeichnet.

Danktelegramm des Führers

Der Führer hat an den Präsidenten des Deutschen Auslandsinstituts, Oberbürgermeister Dr. Strölin, folgendes Telegramm gerichtet: „Den zur Jahreshauptversammlung des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart versammelten deutschen Volksgenossen aus dem Reich und dem Auslande danke ich bestens für die mir telegraphisch übermittelten Grüße, die ich mit meinen besten Wünschen für die weitere Arbeit des deutschen Auslandsinstituts herzlichst erwidere.“ Adolf Hitler.

Heimreise des Prinzregentenpaares

Herzliche Verabschiedung von Generalfeldmarschall Göring.

Prinzregent Paul und Prinzessin Olga haben ihre Rückreise nach Jugoslawien angetreten. Generalfeldmarschall Göring geleitete mit seiner Gattin die hohen Gäste von Karinhall nach dem Bahnhof Friedrichshagen. In dem kleinen idyllischen Ort am Rande der Schorfheide hatte sich die Bevölkerung auch aus allen umliegenden Dörfern zum Abschied eingefunden. Die Formationen der Partei brachten ihre Verehrung durch ein grandioses Fackelspiel zum Ausdruck. Nach einem herzlichen Abschied zwischen dem Prinzregentenpaar und dem Generalfeldmarschall und Frau Göring setzte sich der Zug zur Fahrt nach dem deutsch-jugoslawischen Grenzort Rosenbach unter dem Klängen der Fanfaren der Hitler-Jugend in Bewegung.

Festigung der beiderseitigen Beziehungen

Im Hinblick auf die Heimreise des Prinzregentenpaares verweisen die jugoslawischen Zeitungen noch einmal auf die Herzlichkeit, mit der das Prinzregentenpaar begrüßt worden ist, und auf die politische Bedeutung der deutsch-jugoslawischen Zusammenarbeit im Dienste des Friedens. Als Folge des Besuchs verzeichnet die Belgrader „Politika“ eine weitere Festigung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und eine fortschreitende Stabilisierung der Verhältnisse im Südosten Europas. Auch von jugoslawischer Seite wurde alles getan, um die gegenseitigen Beziehungen zu festigen und zu festigen, die auf der Lösung der beiderseitigen Lebensinteressen gegründet seien. Beide Völker wollten in Frieden und Freundschaft leben, worauf sie schon die Natur hinweise. Zusammenfassend erklärt das Blatt:

„Die jugoslawisch-deutschen Beziehungen wurden auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet vertieft. Der europäische Frieden wurde in Uebereinstimmung mit den traditionellen Zielen der jugoslawischen Politik gestärkt, die sich auch weiterhin in jeder Hinsicht in die Probleme der Großmächte einfügen wird. Die Beziehungen des jugoslawischen Militärbündnisses gründen sich auf der Nachbarschaft und auf den unermesslichen natürlichen Gebieten der Zusammenarbeit und beiderseitigen Unabhängigkeit.“

Zweifel an der Mission Strangs

Fünf Vertragsentwürfe zur Auswahl!

Die Entsendung Strangs als britischer Unterhändler nach Moskau beschäftigt die englische und die französische Presse weiterhin sehr eingehend. Interessant ist, daß bereits Zweifel an dem Erfolg der Mission Strangs laut werden. Auch bildet die neue Formel der „Verteidigung der vitalen Interessen“ noch immer den Gegenstand eifriger Auseinandersetzungen zwischen England und Frankreich, wird doch sogar von französischen Abänderungsvorschlägen gesprochen. Wenn es zutrifft, daß Strang neben den zwei hauptsächlichsten Vertragsentwürfen noch drei andere nach Moskau mitnimmt, dann hätte die Sowjetregierung wirklich eine reiche Auswahl!

Von den englischen Zeitungen meint die „Times“, wahrscheinlich habe man in Moskau etwas mehr erreicht, nämlich den Reich eines britischen Ministers oder gar des Premierministers. Der „Daily Express“ sieht seinen Kampf gegen das Bündnis mit Sowjetrußland fort. Warum bestrehe, so fragt das Blatt, heute Sowjetrußland darauf, daß die Unabhängigkeit von Staaten garantiert werden sollte, die dies nicht wünschen? Die Erklärung sei sehr einfach: Sowjetrußland fürchte, daß es, wenn die Unabhängigkeit dieser Länder zerstört werde, selbst von Deutschland bedroht werden könne. Mit anderen Worten, falls Estland, Lettland und Finnland wünschen sollten, politische Allianzen mit Deutschland abzuschließen, dann werde man sich diesen Allianzen auf Grund der Befürchtung des Friedens Europas und vor allem der Sicherheit Sowjetrußlands mit Waffengewalt widersetzen müssen. Die britischen Völker müßten Stellung dazu nehmen, ob sie bereit seien, ihrer Regierung zu gestatten, daß sie sich auf einen solchen Pakt einlasse.

Von den französischen Zeitungen findet das „Journal“ die Anwendung der bereits im englisch-politischen Pakt enthaltenen Klausel der „Verteidigung der vitalen Interessen“ auf die sowjetrußischen Forderungen als „höchst gefährlich“. Der „Matin“ gibt offen zu, daß die französische Regierung über die neue englische Formel nicht besonders erbaunt ist. Der „Welt Parisien“ befürchtet, daß die Sowjetregierung sich zur Stunde jedem Vorkauf und jeder internationalen Verpflichtung widersetzen werde, in der Hoffnung, durch eine abwartende Haltung eine Art „Schiedsrichterrolle“ erlangen zu können. Der „Jour“ befürchtet neue „Annäherungen“ Moskaus.

Anangenehm für Moskau

Die Unterzeichnung der Nichtangriffspakte zwischen Deutschland und Estland bzw. Lettland ist in den Moskauer Blättern erst am Freitag in einer kurzen Meldung von wenigen Zeilen erwähnt. Ausgleich vorstelllichen die Blätter den Text des deutsch-baltischen Nichtangriffspaktes und weisen darauf hin, daß die anderen Pakte denselben Wortlaut hätten.